presse

Keine Prekarisierung bei Hebammen zulassen

Zum Internationalen Hebammentag am 5. Mai erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Mechthild Rawert:

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf die Sorgen der Hebammen ernst zu nehmen und die Ergebnisse und Empfehlungen des Gutachtens des IGES-Instituts über die Versorgung mit Hebammenleistungen zu veröffentlichen. Wir brauchen Lösungen damit ständig steigende Haftpflichtversicherungsprämien nicht für immer mehr Hebammen in der Geburtshilfe „das Aus“ bedeuten, erklärt Mechthild Rawert.

Die Prekarisierung der in der Geburtshilfe tätigen Hebammen muss verhindert werden. Seit mehr als zwei Jahren machen die freiberuflichen Hebammen zu Recht auf ihre immer schwieriger werdende berufliche Situation aufmerksam. Hintergrund sind unter anderem die stark steigenden Haftpflichtversicherungsprämien. Zum Juli 2012 soll die Haftpflichtprämie für freiberuflich erbrachte Geburtshilfen auf über 4.200 Euro jährlich steigen. Das wäre eine Erhöhung von 15 Prozent und dies bei nahezu gleichbleibenden Einkommen in den vergangenen zwei Jahren. Viele Geburtshelferinnen sehen sich nicht mehr in der Lage diesen enormen Kostenblock zu schultern und müssen von immer weniger Einkommen und in prekären Beschäftigungen leben. Viele verlagern ihre Tätigkeitsschwerpunkte deshalb weg von der direkten Geburtshilfe hin zu Beratung und Betreuung.

Die Steigerung der Haftpflichtprämie hat viele Ursachen. Zwar ist die Anzahl der Geburtskomplikationen nicht gestiegen, doch sprechen die Gerichte den betroffenen Familien immer höhere Summen der Entschädigung zu, da die Folgen zumeist sehr langwierig sein können.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits vor einem Jahr von der CDU/CSU und

FDP geführten Bundesregierung eine qualitative Studie über die Versorgung mit Hebammenleistungen, über sich verändernde Bedarfslagen betroffener Frauen sowie die finanzielle Situation der Hebammen gefordert. Die Ergebnisse dieses Gutachtens sollen eine seriöse Einschätzung zur Situation in der Geburtshilfe und damit auch der Hebammentätigkeit möglich machen. Das IGES-Institut hat diese Studie erstellt und an die Bundesregierung weitergeleitet; diese veröffentlicht sie aber nicht. Sie spielt auf Zeit. Wir fordern die Bundesregierung auf ihrer Pflicht nachzukommen die Sorgen der Hebammen endlich ernst zu nehmen. Dazu gehört, die Ergebnisse und Empfehlungen des Gutachtens zu veröffentlichen. Damit kann sie dem diesjährigen Motto des Internationalen Hebammentages in Deutschland: "Hebammen wissen Bescheid" gerecht werden. Dazu gehört aber auch, endlich Lösungen zu finden, damit ständig steigende Haftpflichtversicherungsprämien nicht für immer mehr Hebammen in der Geburtshilfe "das Aus" bedeuten.